



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksamt Hamburg-Nord

Bezirksamt Hamburg-Nord, Postfach 20 17 44, D - 20243 Hamburg

###

###

###

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und  
Umwelt  
Fachamt Bauprüfung

Kümmellstraße 6  
20249 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 04 - 68 07

Telefax 040 - 4 27 90 - 48 48

E-Mail [wbz@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:wbz@hamburg-nord.hamburg.de)

Ansprechpartnerin: ###

Zimmer ###

Telefon 040 - 4 28 04 - ###

GZ.: N/WBZ/02879/2018

Hamburg, den 7. September 2018

Verfahren  
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO  
07.08.2018

Grundstück  
Belegenheit  
Baublock  
Flurstück

###

411-031

3453 in der Gemarkung: Winterhude

**Temporäre Nutzungsänderung für den Digitalisierungskongress solutions.hamburg  
(max. 1600 Personen) mit anschließendem Sommerfest mit max. 3000 Personen vom  
12.09. - 14.09.2018**

## BEFRISTETE GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung befristet bis vom 12.09.2018 bis zum 14.09.2018 (zuzüglich Auf- und Abbau) erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Nach Ablauf der Befristung ist die Nutzung vom Eigentümer oder Verfügungsberechtigten der baulichen Anlage ohne Entschädigungsansprüche einzustellen.  
Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.



Öffnungszeiten des Foyers:

Mo, Di 8:00-15:00

Do 8:00-16:00

Fr 8:00-12:00

Beratungstermine nach Vereinbarung

Öffentliche Verkehrsmittel:

Kellinghusenstraße U1, U3

Tarpenbekstraße Bus 22, 39

Julius-Reincke-Stieg Bus 20, 25

## Planungsrechtliche Grundlagen

Bebauungsplan Winterhude 17  
mit den Festsetzungen: MK g; WA g; WR g; Straßenverkehrsfl.;  
Spiel-/Bolzplatz; Parkanlage  
Baunutzungsverordnung vom 15.09.1977

## Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

583 / 7	Grundriss Hallen - Kongress
583 / 8	Grundriss Hallen - Sommerfest
583 / 10	Sicherheitskonzept solutions.hamburg 2018

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.  
Die Grüneintragen in den Vorlagen sind zu beachten.

## Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe  
Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

###  
###  
###

Unterschrift

## Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

## Weitere Anlagen

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

## Anlage 1 zum Bescheid

### BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

#### Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Hamburg-Nord  
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt  
Kümmellstraße 6  
20249 Hamburg

#### AUFLAGEN

##### Brandschutz - Rettungswege

***Folgende Anforderungen werden aufgrund von § 51 HBauO i.V.m. § 17 HBauO und der Versammlungsstättenverordnung – VStättVO gestellt:***

1. Die Flucht- und Rettungswege sind in der notwendigen Breite uneingeschränkt freizuhalten.
2. Die Notausgänge müssen sich jederzeit ohne Hilfsmittel in voller Breite öffnen lassen. Schlüssel oder Schlüsselkästen sind nicht zulässig! Die Türen können zwar geschlossen sein, dürfen aber nicht verschlossen werden!
3. Das Sicherheitspersonal ist vor Beginn der Veranstaltung über die Lage und Bedienung der Feuerlöscheinrichtungen und –anlagen, Rauchabzugsanlagen, Brandmelde- und Alarmierungsanlagen, die Brandschutzordnung, insbesondere über das Verhalten bei einem Brand oder einer Panik, und die Betriebsvorschriften zu unterweisen.
4. Die brandschutztechnische Infrastruktur (Feuerwehraufstell- und –bewegungsflächen, Feuerwehrzu- und –umfahrten) muss jederzeit gegeben sein.
5. Es dürfen im Inneren des Gebäudes keine Gasgeräte zum Zubereiten von Speisen genutzt werden, sondern nur Elektrogeräte.
6. Die Messestände müssen in ihrer Höhe so begrenzt sein, dass Flucht- und Rettungswegpiktogramme jederzeit gut sichtbar sind und nicht durch Stellwände verdeckt werden.
7. Die Rettungswegbreiten nach § 7 VStättVO müssen eingehalten werden. Dies gilt insbesondere für das Sommerfest mit bis zu 3000 Personen. Hierfür sind insgesamt 18 m Rettungswegbreite erforderlich.
8. Seitens des Veranstalters ist mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass die maximale Personenzahl von 3.000 gleichzeitig anwesenden Personen für die Abendveranstaltung nicht überschritten wird.
9. Seitens des Veranstalters ist mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass die maximale Personenzahl von 1600 gleichzeitig anwesenden Personen für die

Tagesveranstaltungen nicht überschritten wird, was dem genehmigten Betrieb bei Kampnagelveranstaltungen entspricht.

10. Seitens des Veranstalters ist mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass in den Hallen die maximal gleichzeitig anwesende Personenzahl die den Rettungswegbreiten nach VStättVO entspricht nicht überschritten wird.
11. Die Ein- und Ausgangsbereiche in den geplanten Absperrungen im Außenbereich müssen im Gefahrenfall sofort in voller Breite des Weges zu öffnen sein. Hier sind Sicherheitskräfte zu positionieren.
12. Die Flucht- und Rettungswege sind in der notwendigen Breite uneingeschränkt freizuhalten. Zu den Rettungswegen von Versammlungsstätten gehören insbesondere die frei zu haltenden Gänge, die Ausgänge aus Versammlungsräumen, die Ausgänge ins Freie sowie die Rettungswege im Freien auf dem Grundstück. Die Notausgangspiktogramme müssen von den Gängen aus gut erkennbar sein. Sollten die vorhandenen Notausgangspiktogramme verdeckt werden und von den Gängen aus nicht wahrgenommen werden können, sind weitere Hinweisschilder erforderlich.
13. Die Rettungswege sind durch Hinweisschilder nach BGV V – A 8 in Verbindung mit der DIN A4844 so zu kennzeichnen, dass die Ausgänge auch von Benutzern und Besuchern ohne nähere Ortskenntnisse sicher aufgefunden werden können. Dies gilt auch für den Außenbereich! Auch hier sind Hinweisschilder auf die Ausgänge in ausreichender Zahl und Größe anzubringen.
14. Das Verwenden von offenem Feuer, brennbaren Flüssigkeiten und Gasen, pyrotechnischen Gegenständen und anderen explosionsgefährlichen Stoffen im Gebäude ist verboten.
15. Die Stühle der Zusatzbestuhlung müssen untereinander verbunden sein.
16. In den Rettungswegen dürfen sich keine Hindernisse, wie z.B. Stehtische befinden.
17. Im Inneren des Gebäudes ist das Rauchen nicht gestattet.
18. Die im Sicherheitskonzept Anlage 583/10 angegebenen Sicherheitsmaßnahmen sind, soweit nicht in dieser Genehmigung höhere Anforderungen gestellt werden, vollständig umzusetzen.

**Diese Anforderungen gelten nur für diese Veranstaltung und sind nicht auf andere Veranstaltungen übertragbar.**

## **HINWEISE**

19. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).  
Bitte verwenden Sie dafür den Vordruck in dem Onlinedienst "Anzeige Bau-, Abbruch- und Wiederaufnahmebeginn" auf der Internetseite [gateway.hamburg.de](http://gateway.hamburg.de).
20. **Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag zukünftig rechtzeitig (mindestens 2 Monate vor der Veranstaltung) zu stellen ist.**

21. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).
22. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:  
"<http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html>".

## Anlage 2 zum Bescheid

### IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

#### Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Hamburg-Nord  
Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt  
Technischer Umweltschutz / Immissionsschutz  
Kümmellstraße 6  
20249 Hamburg  
Tel.: 42804-6352, Fax.: 4279-04830

#### Immissionsschutzrechtliche Vorschriften

Gesetze: § 22,24 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m. :  
Technische Anleitung zum Schutz vor Lärm (TA Lärm) von 1998  
LAI-Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von  
Lichtimmissionen 2012

#### AUFLAGEN

23. Die geplanten Anlagen einschließlich aller Nebeneinrichtungen sind so aufzustellen, zu betreiben und wieder zu entfernen, dass gemäß § 22 BImSchG Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind. Die Allgemeinheit und die Nachbarschaft sind weder erheblich zu beeinträchtigen noch erheblich zu belästigen.
24. Das geplante Vorhaben ist unter Einbeziehung der im Folgenden genannten Auflagen durchzuführen. Jede Änderung in der Planung, insbesondere der Veranstaltungszeit, die zu einer Belastung der Umwelt oder zu einer Gesundheitsgefährdung von Menschen führen kann, ist dem Bezirksamt Hamburg-Nord unverzüglich mitzuteilen.
25. Für die Veranstaltungsflächen ist vom Veranstalter während der gesamten Veranstaltungszeit eine weisungsberechtigte Person vorzuhalten, die für die Umsetzung von Anweisungen der Aufsichtsbehörden sorgt. Hierzu sind die jeweiligen Mobiltelefonnummern der Behörde anzugeben.
26. Die Veranstaltung ist so durchzuführen, dass durch deren Lärmbeitrag einschließlich des Zu- und Abgangsverkehrs die Immissionsrichtwerte nach Punkt 6.3 der TA-Lärm für seltene Störereignisse (max. 10 Tage oder Nächte) nicht überschritten werden.  
Die Möglichkeiten der Lärminderung nach Stand der Technik gemäß § 22 BImSchG müssen hierzu ausgeschöpft werden.

In den umliegenden Wohngebieten an der müssen folgende Immissionswerte an den jeweiligen Immissionsorten als mittlere Dauerschallpegel eingehalten werden:

**während der Tageszeit von 06.00 - 22.00 Uhr: 70 dB(A)**  
**lauteste Stunde nachts von 22.00 - 06.00 Uhr: 55 dB(A)**

Kurzzeitige Geräuschspitzen sollen die vorgenannten Immissionsrichtwerte tagsüber um nicht mehr als 20 dB(A) und nachts um nicht mehr als 10 dB(A).

27. Ton-, Impuls- oder Informationshaltigkeit von Veranstaltungsgeräuschen wird mit Pegelzuschlägen entsprechend der Intensität berücksichtigt. Die Richtwerte sind einschließlich der Zuschläge einzuhalten.
28. Das Konferenzprogramm vom 12.09.2018 bis 14.09.2018 ist einschließlich des Zu- und Abgangsverkehrs auf die Zeit vom 07.00 bis 18.00 Uhr zu beschränken.
29. **Die Sommerparty ist auf den 14.09.2018, 19.00 Uhr bis 15.09.2018, 05.00 Uhr zu beschränken. Sie ist in den Außenbereichen um 23.00 Uhr zu beenden.**
30. Die Veranstaltung und die Aufbauarbeiten sind so einzurichten und durchzuführen, dass der hierdurch verursachte Beurteilungspegel außerhalb von Gebäuden, gemessen jeweils 0,5 Meter vor dem geöffneten Fenster eines schutzbedürftigen Raums im Einwirkungsbereich der beantragten Nutzung, an dem eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte am ehesten zu erwarten ist, die aufgelisteten Werte nicht überschreitet. In den Nachtzeiträumen ist immer die lauteste volle Nachtstunde maßgeblich.
31. Die geplanten Beschallungsanlagen sind so auszurichten und zu betreiben, dass die Lärmbelastung für die Anlieger der Veranstaltungsflächen verhältnismäßig am geringsten ist. Sie sind den Richtwerten entsprechend einzuregeln. Das Protokoll der Einregulierung ist am Veranstaltungsort zur Einsichtnahme bereitzuhalten.
32. Der Nachweis der Richtwerteinhaltung ist durch einen Sachverständigen vornehmen zu lassen. Dieser ist vor der Veranstaltung zu benennen und seine telefonische Erreichbarkeit während der Veranstaltung bekanntzugeben. Die Messungen sind während der Veranstaltung gemäß TA Lärm an den nächstgelegenen Wohnungen um das Veranstaltungsgelände herum mit einem registrierenden Schallpegelmessgerät durchzuführen, das den Anforderungen des Anhangs zur TA Lärm entspricht. Hersteller und Typ des Gerätes sind dem Fachamt Verbraucherschutz Hamburg-Nord vor Beginn des Vorhabens mitzuteilen. Die gewonnenen Messdaten sind aufzubewahren.
33. Während der Sommerparty ist bei der Beurteilung der Geräuscheinwirkung vom Mittelungspegel nach Takt-Maximal-Verfahren mit einer Taktzeit von 5 Sekunden auszugehen. Abweichend von der TA Lärm ist der Mittelungspegel über 10 Minuten zu bilden. Die Mittelungspegel sind direkt mit den o.g. Lärmimmissionsrichtwerten zu vergleichen. Eine Umrechnung auf 16 bzw. 1 Stunde erfolgt nicht.
34. Lärmintensive Auf- oder Abbauarbeiten in der Nachtzeit (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) sind nicht zulässig. Die Auf- und Abbauarbeiten sind so durchzuführen, dass der Beurteilungspegel der hierdurch verursachten Lärmemissionen an den nächstgelegenen Gebäuden die o.g. genannten Werte nicht überschreitet.
35. Der Sachverständige muss während der Veranstaltung für die vor Ort tätige Dienststelle (Polizei/Bezirksamt) ständig erreichbar sein, um bei Anwohnerbeschwerden die Einhaltung der Immissionsrichtwerte vor Ort gemeinsam überprüfen zu können. Notwendige Reduzierungen des Immissionspegels sind unverzüglich zu veranlassen.

36. Bei Errichtung von **Außenbeleuchtungsanlagen** sind die Hinweise der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen in der aktuellen Fassung zu beachten. In reinen und allgemeinen Wohngebieten (Jarrestraße, Hertha-Feiner-Asmus-Stieg, Osterbekstraße) sind folgende maximale Beleuchtungsstärken - gemessen in Lux - einzuhalten:

**Während der Tageszeit (Dunkelstunden zwischen 06.00 bis 22.00 Uhr): 3 lx,  
Während der Nachtzeit (Dunkelstunden zwischen 22.00 bis 06.00 Uhr): 1 lx.**

Außerdem ist eine direkte Blendung der Anwohner zu vermeiden.

37. Die Abluft aus den geplanten Grill- und Gastronomiebereichen ist so in den freien Luftstrom abzuführen, dass eine erhebliche Geruchsbelästigung in der Nachbarschaft vermieden wird.

## **HINWEISE**

38. Nach § 24 BImSchG besteht auch nach Erteilung der Genehmigung die Möglichkeit, Anordnungen zu treffen, sofern festgestellt wird, dass die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen wie Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist.
39. Sollten bei der Polizei oder dem Bezirksamt Hamburg-Nord Anwohnerbeschwerden eingehen oder Kontrollen vor Ort Richtwertüberschreitungen ergeben bzw. die aufgenommenen Messdateien keine Einhaltung der Richtwerte ergeben, kann ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden.
40. Sollte eine Reduzierung der Lautstärke auf die vorgegebenen Immissionswerte nicht möglich sein, kann die Veranstaltung im Interesse der Anwohner von der vor Ort tätigen Dienststelle beendet werden.
41. **Es wird empfohlen, in jedem Fall die Nachbarschaft über das geplante Vorhaben und dessen zeitlichen Rahmen zu informieren und um Verständnis zu bitten. Schon dadurch können oft Nachbarschaftsbeschwerden und daraus möglicherweise resultierende Unterbrechungen bzw. Einschränkungen der Veranstaltung vermieden werden.**



## **Anlage 3 zum Bescheid**

### **LEBENS- UND FUTTERMITTELRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE**

#### **Zuständige Stelle für die Überwachung**

Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt  
Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung  
Kümmellstraße 6  
20249 Hamburg  
Tel.-Nr.: 040 - 428046251  
Fax.-Nr.: 040 - 42804 - 6709  
E-Mail: Verbraucherschutz@Hamburg-Nord.Hamburg.de

#### **AUFLAGEN**

- 42.** Es müssen die Mindestanforderungen der VO (EG) Nr. 852/2004 erfüllt werden.

## **Anlage**

### **STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG**

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Nutzungsänderung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 3

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude